

Freiheit ist weder rechts noch links

Wer liberal ist, bleibt nicht stehen, weder rechts, links noch dazwischen, sondern geht – in Richtung individuelle Freiheit, selbstbestimmte Kooperation und frei dosierte Solidarität. **ROBERT NEF**

Politik wird vor allem in Zeiten des Wahlkampfes nicht mehr als gemeinsam bewegliches Lösen gemeinsamer Probleme dargestellt, sondern als Kampf gegen die politischen Gegner, die man wahlweise als «rechts» oder «links» bezeichnet. Hierbei gilt «rechts» generell als «konservativ» und «links» als fortschrittlich. Das Feindbild «die Rechten» wird, nicht nur in Deutschland, immer noch mit Hitler in Verbindung gebracht, obwohl sich dieser stets als national-etatistisch und kollektivistisch denkender Sozialist bezeichnet hat, der gegen einen weltweiten Liberalismus und eine freie Marktwirtschaft kämpfte.

Was man konkret bewahren oder wiederherstellen will, wohin weiter fortgeschritten werden soll, bedient in der Propaganda herkömmliche Vorurteile und Feindbilder. Das seinem Wesen nach konservative Ziel einer Bewahrung der Schöpfung durch politische Bekämpfung menschlicher Eingriffe in die Natur wird paradoxerweise zum Inbegriff fortschrittlich grün-roter Interventionspolitik. Angesichts des Vormarschs des Interventionsstaates wäre das Unterscheidungsmerkmal eines konservativen Festhaltens an «mehr Staat» anstelle eines Fortschreitens zu «weniger Staat» ein sinnvoller Unterscheidungsmerkmal.

«Der neue Mensch steht weder rechts noch links, er geht», so betitelte 1969 Herbert Meier sein Buch zum Zeitgeist der 68er. Der Titel wirft drei grundlegende Fragen auf. Gibt es den «neuen Menschen», der immer wieder verkündet wird, und wohin geht er wirklich? Noch heikler ist die Frage, was denn «rechts» und «links» politisch, oder noch allgemeiner, weltanschaulich wirklich bedeutet.

Menschliche Ur-Hoffnung

Zunächst zum Bild vom «neuen Menschen», der angeblich das Gehen, im Sinne des Fortschreitens, erfunden hat. Das gemeinsame Ziel eines «Auszugs aus der Knechtschaft der Fremdbestimmung» durch mächtige Herrscher gehört schon seit Jahrtausenden zur Menschheitsgeschichte. Gehen hat sehr häufig den Sinn des Weggehens, des Auszugs aus dem, was als Knechtschaft erlebt wird. Der Aufbruch zu neuen Ufern ist eine menschheitsgeschichtlich latente und immer wieder mehr oder weniger erfolgreich realisierte Hoffnung.

Der Drang zur Freiheit und zu selbstbestimmtem Leben ist keine politische Ideologie, die als «Liberalismus» im 17. Jahrhundert in England entstand, dann nach Europa und in die USA exportiert wurde, im 19. Jahrhundert grosse Erfolge feierte, sich im 20. durch Koalitionen mit Nationalisten einerseits und Sozialisten andererseits an

der Macht beteiligte und schliesslich im 21. Jahrhundert als Sammelbecken einer kleinen Gruppe freiheitsnostalgischer Aussenseiter endet. Diese hier skizzierte ideengeschichtliche Einengung der Freiheitsidee durch eine Etikettierung als stets zeitgebundener -ismus ist ebenso polemisch wie die Zurückführung der Gemeinschaftsidee auf die Klassenkampfideologie des 19. Jahrhunderts.

Die Sehnsucht nach Freiheit im Sinne eines selbstbestimmten Zusammenlebens ist nicht die Errungenschaft «neuer Menschen», die sich fortschrittsgläubig dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats verschreiben, der den Menschen jene Solidarität beibringt, die angeblich Gerechtigkeit und Frieden und nachhaltiges Wirtschaften ermöglicht. Der Frieden ist seit je dadurch gefährdet, dass sich Menschen mit unterschiedlichen Vorstellungen über Gerechtigkeit gegenseitig bekämpfen. Frieden entsteht auf der Basis eines Grundkonsenses, dass freie Menschen selbst über ihre Lebensgestaltung und ihre Bereitschaft zur Kooperation und zur Solidarität entscheiden dürfen. Das ist die universelle Freiheitsidee jenseits aller linken und rechten politischen -ismen, die sich mit derzeit populären Adjektiven schmücken.

Die Frage, wie dauerhaft staatsabhängig und -gläubig Meiers «neuer Mensch» ist und welchen Beitrag er zum tatsächlichen Fortschritt leistet, bleibt offen. Könnte es sein, dass auch im «neuen Menschen» eine menschheitsgeschichtlich urale Sehnsucht nach einem Auszug aus der aktuellen Knechtschaft in ein besseres «Land der Freiheit» lebendig geblieben ist? Freiheit beginnt mit der Bereitschaft zu einem selbstbestimmten Leben, das gegen wandelbare Widerstände immer wieder neu erkämpft werden muss.

Die weltweit immer noch gebräuchliche Unterscheidung linker und rechter Politik geht auf die Sitzordnung in der Französischen Nationalversammlung nach der Revolution zurück: Links sass die Anhänger der neuen Ordnung, aus heutiger Sicht sowohl Liberale als auch Sozialisten, denn beide Parteien wurzeln im Gedankengut der Aufklärung und der Französischen Revolution. Sie waren Befürworter des in der Revolution erkämpften Fortschritts zu mehr Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, drei Ziele, die nie gleichzeitig vollumfänglich zu verwirklichen sind und schon damals den Keim der politischen Flügelbildung in sich trugen. Rechts sass die Anhänger des Feudalismus, die von einer Wiederherstellung und Reform der ständischen Ordnung träumten. Dies legt bis heute die Auslegung «links gleich fortschrittlich und veränderungswillig», «rechts gleich beharrend und rückwärtsgewandt» nahe.

Die Richtungen «rechts» und «links» haben im 20. Jahrhundert eine zusätzliche Bedeutung erlangt. Die «Rechtsparteien» waren für eine starke Nation, die Sozialisten für eine internationale Ordnung nach ihren Vorstellungen, die die Nationalstaaten ersetzen sollte, aber erst nach einer Zwischenphase, in der sozialistische Regime die Umerziehung zum solidarischen Menschen geschafft hätten. So kämpften im 20. Jahrhundert dogmatische Nationalisten und Sozialisten in vielen Ländern aus gegensätzlichen Motiven für «mehr Staat». Die Liberalen stehen seit dem 20. Jahrhundert zwischen zwei Fronten: Sie müssen beurteilen, ob der nationalistische oder der sozialdemokratische Etatismus näher an ihrem Ideal einer rechtsstaatlich beschränkten, möglichst regionalen Politik und einer internationalen Ordnung des Freihandels sei.

Die Suche nach einem mehrheitsfähigen Programm, das sowohl den Rechts- als auch den Linkspopulismus verwirft und einen eigenen Weg definiert, ist äusserst anspruchsvoll. Freiheit ist als generelles Postulat zwar beliebt, aber in Wahlkämpfen zu abstrakt. Die Aufforderung zu mehr Freiheit und Selbstverantwortung und weniger staatlicher Bevormundung muss sich in einem Umfeld behaupten, in dem konkurrierende Parteien ihren Anhängern Entlastungen und Interventionen zu ihren Gunsten versprechen und gleichzeitig den Liberalismus als veraltete Position ehemals Privilegierter darstellen.

Schema wird nicht verschwinden

Liberale sind im Strom des allgemeinen Staatswachstums zur Minderheit geworden. Sie haben aber ihre Oppositionsrolle gegen «Mehr Staat» noch nicht gefunden, weil sie sich von Opponenten, die ihrerseits «noch mehr Staat» fordern, abgrenzen wollen. Freiheit selbst ist kein Dogma. Sie setzt ihr Fragezeichen hinter alle Dogmen. Kurz: Rechts und links sind untauglich und missverständlich, die Mitte zwischen zwei schlecht definierten Polen gibt es nicht. Trotzdem wird das Links-Rechts-Schema nicht verschwinden, denn gerade seine schwammige Mehrdeutigkeit erleichtert die Diffamierung des jeweiligen Gegners im Machtkampf um Mehrheiten.

Herbert Meiers Buchtitel könnte aus strikt liberaler Sicht wie folgt neu formuliert werden: Der liberale Mensch steht weder «rechts» noch «links» und auch nicht in der Mitte. Er bewegt sich hin zu mehr individueller Freiheit, selbstbestimmter Kooperation und zu freidosierter Solidarität. Der Kampf der Freiheitsfreunde beruht nicht auf einem Angriff auf Andersdenkende und Andersfühlende, sondern auf einer konsequenten Rundumverteidigung gegenüber allen, die ihre Macht zur Fremdbestimmung anderer missbrauchen und auf einer konsequenten Nutzung und unternehmerischen Erweiterung vorhandener Freiräume.

Robert Nef ist Mitglied des Stiftungsrats des Liberalen Instituts.



«Freiheit selbst ist kein Dogma. Sie setzt ihr Fragezeichen hinter alle Dogmen.»

«Tangping»

Gelegentlich ist die Jugendsprache schneller als die volkswirtschaftliche Analyse: Die chinesische Jugend verwendet schon seit einigen Jahren das Wort «tangping» – flachliegen. Es bedeutet: Man klinkt sich aus dem Hamsterrad der von harter Konkurrenz getriebenen Arbeitswelt aus.

Die Verwendung des Wortes ist ein deutliches Zeichen, dass die Jugend bereits seit einiger Zeit den Verheissungen von immer mehr Wohlstand nicht mehr traut. Für die ältere Generation ist dies noch selbstverständlich.

Über ein Viertel der städtischen Jugend ist arbeitslos. Das sind die letzten Zahlen vom Juni – vorerst kommen keine neueren Daten, weil das Statistikkam die Publikation eingestellt hat. Denn die hohen Arbeitslosenraten sind peinlich: Damit ist klar, dass nicht nur Häuserpreise, Unternehmensgewinne und Aktienkurse in China unter Druck stehen, sondern auch die breite wirtschaftliche Zufriedenheit. Und gerade die hat sich Peking zum höchsten Ziel gesetzt (vgl. Seite 15).

Trotz des Abschwungs wird eine unkontrollierte Finanz- und Wirtschaftskrise aber wohl verhindert werden.

Der Staat hat genug Einflussmöglichkeiten und Kompetenz, um die Kosten und die Schmerzen von weniger Wachstum und verpuffendem Immobilienvermögen so zu verteilen, dass nicht eine unkontrollierte Spirale nach unten droht. Allerdings kann auch er keinen Wohlstand aus dem Nichts schaffen.

Geht es so weiter, wird nicht nur die Jugend «flachliegen». Sondern die Öffentlichkeit, die Wirtschaft und die Anleger werden erkennen müssen, dass es nicht mehr so weitergeht wie früher. Das Beispiel Japan zeigt, dass es bis zu dieser Erkenntnis viele Jahre dauern kann.

ALEXANDER TRENTIN
Redaktor
zum Thema
China



Politischer Mord im Mafia-Modus

Dem Söldnerchef Prigoschin war kein Heldentod vergönnt. Das Bedauern hält sich in Grenzen – just im Kreml. **MANFRED RÖSCH**

Prigoschins Flugzeug sei nicht abgestürzt, sondern habe eine «Speziallandung» vollzogen: So wird über den finalen Fall des Wagner-Führers gewitzelt. Schwarzer Humor zwar, doch kein pietätloser, angesichts der Widerwärtigkeit des «Opfers». Auch die Anspielung auf Putins «Newspeak» ist keineswegs unverföhren. Das einzige Überraschende an der Causa ist, dass der Kreml-Capo so lange zugewartet hat.

Hiermit wird ungeniert unterstellt, dass der diskrete Wink, der Verräter Prigoschin – der den bizarren Vorstoss seiner Söldner auf Moskau lanciert hatte – sei seinem selbst gewählten Schicksal zuzuföhren, von höchster Stelle gegeben wurde. Im Stil der Mafia, ähnlich wie im Film «The Godfather II», als der Pate Michael Corleone seinen Bruder Fredo wegen Illoyalität exekutieren lässt, nachdem er ihm vorher zum Schein vergeben hat.

Abrechnung in der Gang

Den italienischen «uomini d'onore» gehen Verschwiegenheit und bedingungslose Treue über alles. Wer sich nicht daran hält, hat sein Leben verwirkt. Genau das sind auch Putins simple Hausregeln. Er hat mehrfach betont, Gefolgschaft sei das oberste Gebot. Prigoschin, einst Putins Leibkoch (wohl eher spezialisiert auf Piroggen als auf Pasta), wusste das und ging in seinem Wahn unverzeihlich viel zu weit. So einen Gesichtsverlust kann ein Kreml-Boss nicht ungerächt lassen.

Fememord unter entzweiten Brüdern, das hat in mafiösen Regimen Tradition. Stalin hat einige untreue und, vor allem, zig treue Sowjetkommunisten «säubern» lassen. Die Unerbittlichkeit des Chefs zeigte sich besonders prominent an der Ermordung des Rivalen Leo Trotzki, der 1929 aus Russland abgeschoben und 1940 auf Stalins Geheiss in Mexiko er-

«1881 ermordete ein revolutionäres Grüppchen aus der Intelligenzija Zar Alexander II., einen Reformer.»

schlagen wurde. Ein Blutsbruder im Ungeist war Adolf Hitler, der 1934 seinen langjährigen Weggefährten, den SA-Chef Ernst Röhm, ermorden liess.

Eine interessante Anekdote betrifft die Intimfeindschaft zwischen Stalin und Jugoslawiens starkem Mann Tito. Dieser war zwar auch tiefrot, aber eisern eigensinnig. Unterwerfung unter den Kreml kam für ihn nicht in Frage. So schickte Stalin Mordbuben nach Belgrad, doch die Jugoslawen vereitelten alle Attentatsversuche. Tito soll, so geht die Fama, Stalin eine kurze Notiz zugestellt haben: Hör auf damit, sonst schicke ich dir einen Mann nach Moskau – und ich werde nur diesen einen Mann brauchen. Stalin starb bald darauf.

In den frühen, unruhigen Zwanzigerjahren im besiegten und demoralisierten Deutschen Reich waren Fememorde innerhalb der rechtsextremen Szene an der Tagesordnung. Wer verdächtigt wurde, etwas ausgeplaudert oder gar mit der Justiz zusammengearbeitet, überhaupt den Interessen des jeweiligen Grüppchens geschadet zu haben, verfiel der gnadenlosen Selbstjustiz dieser Organisationen.

Derartige Abrechnungen innerhalb von Gangs unterscheiden sich in Motivation und Wirkung offenkundig von «klassischen» politischen Morden. Jüngere Beispiele hierfür sind etwa Benazir Bhutto in Pakistan (2007), Indira Gandhi in Indien (1984) oder Jizchak Rabin in Israel (1995). Länger her, aber besonders fatal: die Ermordung des habsburgischen Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gattin 1914 in Sarajewo – darauf brach der Erste Weltkrieg aus. Der Anschlag wegen der Algerienpolitik enttäuschter Offiziere auf Charles de Gaulle (1962) scheiterte – übrigens auch ein packender Filmstoff, «The Day of the Jackal».

Daneben geschehen immer wieder auch weniger klar motivierte Morde oder Mordversuche, wie etwa 1963 an John F. Kennedy – ein weites Feld für Verschwörungsfantasten, ähnlich wie der Mord an seinem Bruder Robert 1968. Auch das Attentat auf Olof Palme in Stockholm (1986) bleibt rätselhaft und beschäftigt Schweden bis heute. Ronald Reagan (1981) und im selben Jahr Papst Johannes Paul II. wurden zwar getroffen, überlebten jedoch.

Nicht zu verdrängen: Der Schweizer Gründungsmythos ist ein Mord, ein persönlich wie politisch fundierter. Wilhelm Tell lauert in Schillers Bühnenstück in der hohlen Gasse zu Küssnacht dem Vogt Gessler auf und monologisiert, vor dem tödlichen Armbrustschuss, über seine Beweggründe: «Zu schützen vor der Rache des Tyrannen, will er zum Morde jetzt den Bogen spannen!»

Tell – Gessler, Brutus – Cäsar

Bei Shakespeare lauten Julius Cäsars letzte Worte «Et tu, Brute! Then fall, Caesar.» Daraufhin der Verschwörer Cinna: «Liberty! Freedom! Tyranny is dead!» Ein Herrschermord innerhalb der Elite. Dergleichen ist in Moskau nicht Usus. Die Hinrichtung der Romanows 1918 in Jekaterinburg war grundlegend anders, ein Akt der Revolution – er sollte allen, auch den «Weissen» (dem konterrevolutionären Bürgerkriegsgegner), unmissverständlich zeigen, dass es keinen Weg zurück mehr gibt.

1881 ermordete ein revolutionäres Grüppchen aus der Intelligenzija Zar Alexander II., einen Reformen, ausgerechnet; er war es, der die Leibeigenschaft abgeschafft hatte. Sein Nachfolger Alexander III. gründete sofort die Geheimpolizei Ochrana. Nach dem Umsturz übernahm der bolschewistische Drangsalier- und Mordapparat (Tscheka, GPU, NKWD, KGB usw.) eifrig das Know-how der zaristischen Schnüffler. Putin hat das verinnerlicht.

FINANZ und WIRTSCHAFT invest



Investieren Sie in den **FuW Swiss 50 Index**, der im Gegensatz zum SMI kein Klumpenrisiko und mehr Aktien hat. Das Anlageprodukt ist pfandbesichert.

Valorennummer: 117 179 182



Das **FuW-Eco-Portfolio** enthält auserlesene Unternehmen, die eine CO₂-Reduktionsstrategie verfolgen und besonders aussichtsreich sind. Auch da gibt es neu ein Anlageprodukt mit Pfand.

Valorennummer: 117 179 725



Das **FuW-Risk-Portfolio** gibt es jetzt ebenfalls als Anlageprodukt mit Pfand. Unser Portfolio setzt seit 25 Jahren erfolgreich auf Schweizer Aktien mit dem gewissen Kick. Hier geht es auch darum, von Spezialsituationen zu profitieren.

Valorennummer: 117 179 723



Abgerundet wird unser Angebot vom **FuW-Value-Portfolio**. In der seit über zehn Jahren geföhrt

Auswahl stehen reizvolle Value-Aktien mit Fokus Nordamerika und Europa.

Valorennummer: 117 179 724